

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21. — **Telefon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.30 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Restame-Kolonelleile 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nahme für die nächste Nummer mittwochs 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das neue Baltikum-Abenteuer.

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unser Berliner Korrespondent über das Baltikum-Abenteuer erzählt, handelt es sich dabei um eine weit größere Ausdehnung des Unternehmens, als die Regierungskreise bisher haben bekannt werden lassen. Der heutige Redner der sozialdemokratischen Fraktion zum Reichstag wird wahrscheinlich auf diese Dinge ausführlich mit großem aus Ostpreußen stammenden Material eingehen. Während die preussische Regierung nur etwa 1000 Ueberläufer nach Litauen zugesehen will, sprechen Meldungen aus Ostpreußen von 30 bis 40 000 solcher Ueberläufer. Der Königsberger Polizeidirektor K. H. Brück besichtigt unsern Korrespondenten persönlich, daß mindestens 10 000 Mann bisher die ostpreussische Grenze überschritten haben, und zwar handelt es sich dabei nicht nur um Ueberläufer der Provinz Ostpreußen, sondern es sind Leute, die aus allen Teilen des Reiches zusammenströmen. Auch der militärische Charakter der Organisation kann nicht gelugnet werden, da sich seit langer Zeit ehemalige deutsche Offiziere in der litauischen Armee als Instruktoren befinden und nunmehr offenbar ihre Verbindungen nach der Heimat aufnehmen, um in Litauen selbst eine konterrevolutionäre Armee aufzustellen. Auch in Ostpreußen selbst sieht man nicht nur eine außenpolitische Gefahr des neuen Ueberläufers, sondern man befürchtet, daß konterrevolutionäre Elemente die Gelegenheit wahrnehmen, an der Grenze Ostpreußens eine konterrevolutionäre Armee aufzustellen, mit der sie sodann bei geeigneter Zeit in Ostpreußen einfallen können. — Am prägnantesten ist das Verhalten der roten Fahne in dieser Angelegenheit. Sie hat zwei Tage lang zu den bekannten Tatsachen geschwiegen, vielleicht weil sie nicht wußte, ob eine Unterstützung Litauens nicht indirekt eine Unterstützung Sowjetrusslands sei, und ob sie deshalb nicht hätte verlangen müssen, daß die deutsche Regierung den konterrevolutionären Offizieren und Soldaten noch extra Waffen in die Hände gibt zum Kampf gegen Polen. Jetzt hat sie offenbar den konterrevolutionären Charakter des Unternehmens erkannt und zählt nun der Reihe nach alle in der Freiheit und der Leipziger Volkszeitung aufgedeckten Tatsachen über das neue Baltikum-Abenteuer auf, um am Schluß zu behaupten, die Freiheit suche den eigentlichen Charakter dieser Baltikumaffäre damit zu vertuschen, daß sie an die Regierung, bezw. den Reichstag, das heißt an die Herrscher des litauischen Soldatenheeres, appelliert. Das Rezept allerdings, wie dieses neue Baltikum-Abenteuer zu verhindern sei, gibt die rote Fahne auch nicht an.

Letland im Bunde mit Wrangel gegen Sowjet-Rußland?

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die rote Fahne veröffentlicht einen Funkpruch aus Moskau, der angeblich an die Freiheit, die rote Fahne und an alle gerichtet ist: Aus dem letzten Revolutionsstempel, der die ganze öffentliche Meinung Lettlands gegenwärtig beschäftigt, geht hervor, daß die ausländische Diplomatie immer weiter daran arbeitet, sich heimlich mit Agenten der russischen Konterrevolution zu verbinden. Diese Leute bemühen sich, Soldaten für die Wrangelsche Armee überall zu rekrutieren. Aus Litauen wird berichtet, daß am 26. September bei einem nicht unbekanntem Agenten Wermund vom Grenzpaß Briefe vorgefunden wurden, die die Adresse der polnischen Kommission Wrangels in Warschau Sawinkos trugen. Ein Schreiben ist von einem gewissen Berental unterzeichnet, womit Berental bezeugt, daß er geheimer Agent Sawinkos' bei der lettischen Regierung sei. U. a. erzählte Berental, daß in Lettland Soldaten für die Wrangelsche Armee geworben und auf Dampfschiffen von Lettland nach Memel transportiert werden unter dem Schein von polnischen Zivilflüchtlingsen. Weiter erzählt Berental in seinem Schreiben, daß der Vertreter Sawinkos mit Vertretern der lettischen Regierung und des Oberkommandos der lettischen Armee eine geheime Sitzung in Riga hatte, an der der lettische Ministerpräsident Umanis, der lettische Minister des Auswärtigen, Mejerowicz, und der Vertreter des Staatskommandos General Radstin teilnahmen. Sawinkos schloß eine Vereinbarung mit der lettischen Regierung, um gemeinsam mit Wrangel den Kampf gegen Sowjet-Rußland zu führen. Für diese Dienstleistung versprach Wrangel die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens und Lettlands, Estland, Litauen und die Ukraine erhalten dagegen nur Selbstverwaltung. Es ist auch bekannt, daß Original-Dokumente, die Papiere abgenommen wurden und an das Staatskommando, den General Radstin, überhandt worden waren, von den höheren Militärkommandos und den Agenten Sawinkos vernichtet worden sind, um die Spuren der ganzen Sache zu vertuschen. In der Nacht vom 16. Oktober überschritt ein gewisser Jaskowski, der vom lettischen Ministerium des Auswärtigen abkommandiert worden ist, die deutsche Grenze. Jaskowski, ein früherer Spion der zaristischen Regierung, hatte verpackte Pakete, die das Besitztum der lettischen Regierung

trugen, bei sich. Diese Pakete waren an Sawinkos adressiert. Jaskowski führte gleichzeitig ein Schreiben der lettischen Regierung an Sawinkos bei sich, das vom Ministerium des Auswärtigen und vom Grenzwachtkommando unterschrieben war, um der Grenzkontrolle der Pakete vorzubeugen.

Diese Ergebnisse führten zu folgenden Anfragen in der lettischen Nationalversammlung:

Sind jedem einzelnen der Regierungsmitglieder die oben angeführten Tatsachen bekannt und nimmt das gesamte Ministerkabinett die Verantwortung für eine solche Politik auf sich. Wie bestehen auf Veröffentlichung der geheimen Korrespondenz, die dem Grafen Pahlen abgenommen worden ist. Wir verlangen gleichfalls genaue und eingehende Antwort an die Nationalversammlung. (Unterschrieben von 4 Abgeordneten.) Angesichts dieser Vorgänge erschießt in der Rigaer Presse eine Reihe von Artikeln. Dieser unerhörte Skandal wird eine Kabinettskrise hervorbringen. In einem dem Skandal gewidmeten Artikel in der Jowestija meint Stoklow, daß solche Ereignisse erst recht die innere Fäulnis und Verwesung der ausländischen Politik der Bourgeoisie bezeugen. Eine derart hinterlistige Handlungsweise, die das friedliche Nebeneinanderleben Lettlands mit der Sowjet-Regierung zu hindern suche, könne nur den jetzigen Ministern Lettlands schaden.

Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 28. Oktober. (T.L.) Die Verhandlungen zwischen dem Exekutivkomitee der Bergarbeiter und der Regierung haben zu einem vollen Erfolg geführt. Der Streit ist beendet. Die Bergleute haben sich bereit erklärt, die Arbeit am 1. November wieder aufzunehmen. Die Regierung gewährt eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Schilling. Das Exekutivkomitee der Bergleute erklärte, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung übernehmen zu wollen.

Ein Entgegenkommen Englands.

Berlin, 26. Oktober. Mit Bezug auf § 18 der Anlage 2 zu Art. 244, Teil 8 des Friedensvertrags, der lautet:

„Die Maßnahmen, zu deren die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorzüglich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als selbsttätige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperren und Beschränkungen, überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachtet.“ hat die großbritannische Regierung durch die heilige Botschaft dem Auswärtigen Amt am 18. Oktober eine Note zugehen lassen, nach der sie für den Fall einer vollständigen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen unter Teil 4 des Friedensvertrags nicht beabsichtigt, von dem ihr nach § 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrags zustehenden Rechte zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen.

Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum bezieht, ob dieses nun in Bankguthaben oder in auf britischen Schiffen befindlichen Waren, oder in nach Großbritannien zum Verkauf geschickten Waren besteht.

Diese Erklärung der englischen Regierung ist deshalb von großer Bedeutung, weil durch die Aufhebung der erwähnten Klausel im Friedensvertrag das deutsche Privateigentum in England vor der Beschlagnahme gesichert und dadurch erst eine Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen ermöglicht wird.

Keine Zerstörung der Dieselmotoren.

London, 27. Oktober. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Aus verschiedenen Artikeln der deutschen Presse geht hervor, daß in Bezug auf die Zerstörung von Dieselmotoren beträchtliche Mißverständnisse herrschen. Es besteht keine wie immer geartete Absicht, sich mit andern Dieselmotoren zu befassen oder solche zu beschädigen, als mit Unterseeboot-Dieselmotoren; auch besteht keinerlei Absicht, die Dieselmotoren Deutschlands zu vernichten. Die Angelegenheit ist übrigens den Verbündeten Regierungen überwiesen. Solange die Entscheidung der Verbündeten Regierungen schwebt, ist die Zerstörung aller Unterseeboot-Dieselmotoren eingestellt und aufgeschoben worden.

Die Frage der englisch-russischen Handelsbeziehungen.

London, 27. Oktober. (Neuter.) In Erwiderung einer Anfrage über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland erklärte Bonar Law im Unterhaus wiederum, daß die Freilassung aller britischen Staatsangehörigen in Rußland, die heimzukehren wünschten, Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Handelsbeziehungen sei. Bonar Law fügte hinzu, sagte hinzu, die Regierung habe stets die Wiederaufnahme des Handels für äußerst wünschenswert erachtet und stehe jetzt mehr denn je auf diesem Standpunkt, man müsse den Umfang der Arbeitslosigkeit und die Tatsache berücksichtigen, daß der Handel mit Rußland von den andern Ländern wieder aufgenommen worden ist. England müsse sein Bestes tun, um seinen Anteil daran zu erhalten.

Trübe Bilder.

Berlin, 27. Oktober.

Der heutige Tag dürfte auch die Kreise enttäuscht haben, die in der Presse seit einigen Tagen angekündigt haben, die Haushaltplanberatung werde durch eine große politische Rede des Reichskanzlers eingeleitet werden, in der die innere Politik ausführlich und markant behandelt und besonders die Autonomie Oberschlesiens klar dargelegt werde. Was Herr Fehrenbach in seiner sehr ausführlich ausgearbeiteten Rede bot, war eine sentimentale Klage über die politische und wirtschaftliche Ohnmacht Deutschlands. Der äußere Rahmen zu einem sogenannten großen Tag war freilich gegeben: Das Haus war gut besetzt, es spendete dem Kanzler bei verschiedenen Stellen auch Beifall, aber in sehr gedämpftem Tone; die Tribünen, auch die Diplomatenloge, waren voll Besucher und im Hause selbst war vor und während der Tagung sehr geschäftiges Leben. Wenn die Sitzung nun trotzdem sehr schal und langweilig war, so lag dies an den beiden Rednern, die keinen höheren Schwung zu nehmen verstanden, sondern mit ihren Reden nur die Resignation des Bürgertums widerspiegeln. Dieser sentimentale Ton liegt dem Reichskanzler Fehrenbach sowie besonders.

Seit der preussisch-deutsche Militarismus bis auf einen Rest zusammengekrumpft ist, fühlt sich das deutsche Bürgertum völlig ohnmächtig. Die Auffassung, daß ein Volk nur durch starken Militarismus und Nationalismus mächtig sei, ist dem deutschen Bürgertum seit der Regierung Bismarck so in Fleisch und Blut übergegangen, daß es sich gar keinen andern Zustand denken kann, besonders keinen, wo ein Volk durch wirtschaftliche Macht stark und ein politischer Machtfaktor unter den übrigen Völkern sein kann. Deshalb auch die ununterbrochenen Verjünger, den deutschen Militarismus in irgendeiner Form wieder aufzubauen. Dieser Geist des deutschen Bürgertums kam in mehreren Sätzen der Fehrenbachschen Rede scharf zum Ausdruck. „Wir sind aus der Reihe der mächtigen Völker gestrichen. Wenn das deutsche Volk beweisen will gegen die ihm auferlegten Kosten aufwärts, so sollte man ihm das zugutehalten. Wir sind militärisch gebrochen, politisch kluggelegt und wirtschaftlich ringen wir um unsere Existenz.“ Das sind die Sätze, mit denen Herr Fehrenbach seine Rede begann. Der militärisch-imperialistische Nachtraum Deutschlands ist zu Ende und alle Verjünger, ihn aufs neue wieder Wirklichkeit werden zu lassen, sind nicht nur vergeblich, sie würden Deutschland auch restlos vernichten. Diese Mahnung richtete Fehrenbach besonders an die Rechte des Hauses und sagte nachdrücklich hinzu: „Oben kleinste Fehler kann uns schwer schädigen.“ Besonders tiefen Eindruck hat er mit dieser Mahnung bei der Rechten des Hauses nicht gemacht, das wird sich zeigen, sobald ihre Redner an die Reihe kommen; denn eine andre als eine militärische Machtpolitik können sich die agrarischen und großkapitalistischen Kreise nun einmal nicht denken.

Das hohe Red, das Herr Fehrenbach sich und seiner Regierung wegen der neutralen Haltung jagt, die sie während des russisch-polnischen Krieges eingenommen hat, ist unverdient. Wenn er auch hervorgehoben hat, die Regierung habe sich nicht verhalten lassen, in den russisch-polnischen Krieg einzugreifen, und es seien Anstrengungen gemacht worden, deutsche Arbeiter vor den russischen Kriegswagen zu spannen, so steht doch fest, daß die neutrale Haltung der Regierung im wesentlichen die Folge der Haltung der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands geschuldet ist, die es durch scharfe Kontrolle verstanden hat, der Regierung ihre neutrale Haltung vorzuschreiben.

Wie stark die Kräfte aus dem bürgerlichen Lager sind, die Deutschland in einen neuen Krieg treiben wollen, hat Fehrenbach an mehreren Stellen seiner Rede selber zugeben müssen. So, wenn er davon sprach, „daß wir Polen in Oberschlesien mit Gewalt begegnen sollen“, oder „daß man in der äußeren Politik mit großen Worten auftrumpft, ohne aber zu sagen, wie man sie anders, als durch Gewalt in die Tat umsetzen könnte.“

Auch wegen der inneren Politik wandte er sich sehr deutlich gegen die Rechte und hat damit auch seinen Regierungsgesetzten von der Deutschen Volkspartei ordentlich auf die Hüften zugefahren. Es gibt keine Regierung, so meinte Herr Fehrenbach, die dem Volke aufrichtig ein besseres Dasein versprechen könne. Nur Charlatane könnten dem Volke erzählen, sie könnten ihm schnell ein gutes Dasein verschaffen. Ob die Regierungsvertreter der Deutschen Volkspartei diesen Teil der Rede auch mit beschloffen haben und ihn billigen? Es war doch die Deutsche Volkspartei, die gerade mit diesen Versprechungen die „geistigen“ Kosten des Reichstagswahlkampfes bestritten hat!

Herr Fehrenbach hat aber nicht nur Mahnungen, er hat auch ein positives Programm für seine innere Politik, freilich handelt es sich dabei auch um den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, und für die Kommunisten hatte er sogar eine besondere Warnung. Für den Fall, daß sie den blutigen Bürgerkrieg probieren, stellten sie sich außerhalb aller Gesetze und es würde ihnen dann auch mit Gewalt begegnet werden.

Die Sozialisierung der Bergwerke sei Gegenstand der Be-